

Wiesbadener Neueste Nachrichten

Wiesbadener General-Anzeiger

Ämtliches Organ der Gemeinden Auringen, Breckenheim, Flörsheim, Frauenstein, Hattenheim, Medenbach, Nauod, Nordenskiöld, Rimbach, Schierstein, Sonnenberg, Wallau.

Preis: Durch die Expeditionen...
Durch die Post bezogen (ohne Porto)...



Abonnement: Die einjährige...
Die halbjährige...
Die vierteljährliche...

Verlag: Schriftleitung u. Druckerei: Nikolausstr. 11. Fernruf: 5015, 5016, 5017.

Jeder Abonnent der Wiesbadener Neuesten Nachrichten (Ausgabe A) ist mit 500 Mark gegen Tod durch Unfall, jeder Abonnent der Wiesbadener Neuesten Nachrichten, der auch die hunderttägige Wochenbeilage „Kochbuch und Rezepten“ (Ausgabe B) bezieht, insgesamt mit 1000 Mark auf den Todes- und Unfallfall infolge Unfall bei der hiesigen Lebensversicherung „Vita“ versichert. Bei verheirateten Abonnenten der „Kochbuch und Rezepten“ gilt dies unter den gleichen Bedingungen auch für die Ehefrau.

Die Hauptgeschäftsstelle ist von 8 Morgens bis 7 Abends, Sonntags von 12-1 geöffnet.

Wenn Mann und Frau verunfallt, kommen je 1000 Mark, insgesamt also 2000 Mark zur Auszahlung. Jeder Unfall ist binnen einer Woche der Lebensversicherung „Vita“ anzuzeigen, der Verletzte hat sich innerhalb 48 Stunden nach dem Unfall in ärztliche Behandlung zu begeben. Todesfälle müssen sofort, spätestens aber innerhalb 48 Stunden nach dem Eintritt zur Beerdigung gemeldet werden. Ueber die Versicherungsbedingungen der Versicherung geben die Versicherungsbedingungen Aufschluss.

Nummer 282

Dienstag, den 3. Dezember 1918.

33. Jahrgang

Die Soldatenräte des Frontheeres.

Die Soldatenräte des Frontheeres legten gestern ihre Beratungen in Ems fort. Leutnant Schneider von der ersten Armee führte u. a. aus: Es ist mir von den Kameraden der ersten Armee der Auftrag geworden, auszusprechen, daß die am Sonntag angenommene Entschliessung nicht in dem Sinne interpretiert werden soll, wie es vielfach geschieht. Die Kameraden wollen nicht zum Auszug bringen, daß sie sich auf den Boden des sozialdemokratischen Programms stellen. Sie sehen es als ihre Pflicht an, sich hinter die Regierung zu stellen durch eine einheitliche Auffassung, die Einheit des Reiches zu schützen. Sie sind sich auch bewußt, daß unter den neuen Verhältnissen eine teilweise Sozialisierung notwendig sein wird. Wir wissen, daß es dem deutschen Volke gelingen wird, wieder zu Wohlstand und Ansehen zu kommen, wenn wir die Reichseinheit wahren und wenn wir den Volkswillen auf der Nationalversammlung ungefälscht zum Ausdruck bringen. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung hart angegriffen. Ein Vertreter dieses Soldatenrates führte dazu aus: „Als der Kaiser sich in Deutschland nicht mehr fühlte, ging er zu der Obersten Heeresleitung in Spa. Zu seinem persönlichen Schutz wurden junge Truppen, Minenwerfer, Flammenwerfer und sonstige derartige Formationen zusammengezogen. Die Leute hatten auch den Willen, ihren Kaiser zu verteidigen. Die älteren Jahrgänge, die ein Blutvergießen verhindern wollten, wußten aber die jungen Kameraden zu überzeugen und es gelang, sie für die Bildung eines Soldatenrates zu gewinnen. Damit hatten wir unsere Aufgabe erfüllt und wir legen gern unser Mandat in ihre Hände zurück. Im übrigen kann ich darauf hinweisen, daß wir uns nie als Zentralstelle der Soldatenräte des Reichsheeres betrachtet haben, sondern nur als Soldatenrat der Obersten Heeresleitung.“ — Es wird einstimmig beschlossen, daß der Soldatenrat der Obersten Heeresleitung sein Amt weiterbeschäftigt.

In den Berliner Volkskammern wurden gewählt: Lewin 18. Armee, Steinmann 17. Armee, Pöschmann 6. Armee, Straube Armeeabteilung A, Raach Armeeabteilung C. Von den vorgeschlagenen 18 Kandidaten waren 12 vor dem Kriege gewerkschaftlich und politisch organisiert. Bis zum 16. Dezember stattfindenden Delegiertenkongress wurden von den einzelnen Formationen 80 Delegierte (auf je 50 000 Mann 1 Mann) gewählt. Nach einem Abschiedswort des Volksbeauftragten Roth und des Vorsitzenden Pöschmann war die Versammlung um 1 Uhr nachmittags beendet.

Das Agrarprogramm der neuen Regierung.

In einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin teilte Otto Braun mit, daß im Agrarprogramm der preussischen Regierung ein Wesentliches ausgearbeitet werde, der dem Staat das Verkaufsrecht an den Landeskultursicherer. Die aus den Städten in die Landwirtschaft eingetretenen Arbeiter sollen so bald wie möglich entlassen und die zurückkehrenden Landarbeiter zu neuen, den Verhältnissen entsprechenden Bedingungen wieder eingestellt werden. Die Ost- und Moorländer, von denen es in Deutschland über zwei Millionen Hektar gibt, sollen in Kulturländer umgearbeitet und soweit als möglich schon für die nächste Ernte nutzbar gemacht werden. Die landwirtschaftliche Produktion müsse auf die höchste Stufe gebracht werden. — Ebert, der ebenfalls auf der Versammlung sprach, sagte u. a.: Der Kapitalprofit wird sofort erlaßt und möglichst die Befreiung der arbeitenden Einkommens erhöht werden. Die Kriegsgewinne müssen reißlos eingezogen, die Erbschaftsteuer verschärft und ein Erbrecht der Republik geschaffen werden.

Polnischer Landtag in Posen.

Wie wir erfahren, hat die preussische Regierung den Oberpräsidenten von Posen beauftragt, sie auf dem polnischen Landtag, der heute in Posen zusammentritt, zu vertreten.

Die Auslieferung der Lokomotiven.

Eine Antwort auf die deutsche Erklärung betreffend die Auslieferung der schweren Lokomotiven war, wie dem „Vol.“ gestern Abend von ausstehender Stelle mitgeteilt wurde, bis dahin noch nicht eingegangen. In der Zeitung ein Artikel darüber, ob Moritzburg sich von ihr befriedigt erklärt, noch nicht möglich ist.

Die Trennungspläne.

In der am Sonntag im Circus Busch abgehaltenen Versammlung hatte Professor Alfred Weber behauptet, Leute wie Stinnes und Thielen betrieben in Spa die Gründung eines Rheinbundes unter französischem Protektorat. Wegen diese Behauptung protestierte Hugo Stinnes der „Vol.“ an, folgte gestern Abend durch ein Telegramm an Weber, in dem es heißt:

„Gute Abend von Spa zurückgekehrt, wo ich bemerkt habe, daß die traurigen Bedingungen des Waffenstillstandes für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben in der Durchführung erschwerend gestaltet werden, wolle ich Ihre Äußerungen im Circus Busch zurück und erkläre Sie um

sofortige Mitteilung, auf welchen Grundlagen Ihre Behauptungen beruhen. Ihre Ausführungen sind in vollem Umfang unwahr, und wer sie verbreitet, macht sich einer gemeinen Lüge schuldig.“

Deutschland eine Kolonie der Entente.

Als sehr bezeichnend für die Stimmung in Frankreich spricht die „Deutsche Allg. Ztg.“ eine ihr zugehende Meldung aus, worin es heißt: Aus Frankreich zurückgekehrte hochgelehrte Holländer, welche die Stimmung leitender französischer Kreise genau kennen, sagten aus, daß endlich der Plan bestünde, aus Deutschland eine Ausbeutungskolonie zu machen. Demgegenüber, so sagt die „Deutsche Allg. Ztg.“, sei es wohl anzuerkennen, weitere und unnötige Zugänge zu vermeiden und endlich daran zu denken, durch eine beschleunigte Beseitigung der innerpolitischen Verhältnisse einen Einfluß auf die künftigen Geschicke Deutschlands zu gewinnen, zu retten, was noch zu retten ist.

Die Gefangenen sollen zum Wiederaufbau Frankreichs und Belgiens kommandiert, das hinführende Industriegebiet ebenfalls in den Dienst Frankreichs gestellt werden. Die Stimmung in Paris, wie in der französischen Provinz sei ungewöhnlich rachsüchtig und übertrieben noch die chauvinistische Presse. Die deutschen inneren Streitkräfte würden als Anzeichen des Verfalls mit Bedauern verfolgt.

Befragung ganz Deutschlands?

In einem Artikel der sozialdemokratischen „Münchener Post“ wendet sich Prof. Förster scharf gegen das Regiment Eisners, mit dem er nichts mehr zu tun haben will. Von seiner Lehrtätigkeit an der Jülicher Universität hat Prof. Förster gute Beziehungen zur Schweiz und zu antirussischen Kreisen der Entente. Es ist deshalb höchst beachtenswert, wenn Prof. Förster in diesem Artikel u. a. sagt: „Es ist zu bedenken — und ich spreche hier aus intimer Kenntnis der Sachlage — daß die Entente mit uns weder Frieden machen, noch uns Nahrung senden, sondern aller Vorräte nach Deutschland und nach Ablauf des Waffenstillstandes militärisch besehen wird, wenn bis dahin keine Anzeichen für die Einleitung einer dauerhaften, den Willen des ganzen Volkes zum Ausdruck bringenden, vertrauensvollen Regierung zu verzeichnen sind.“

Der „Vorwärts“ sagt: Es gibt keinen Zweifel, daß die Geister entlocken sind, uns auf Tische zu demütigen und zu verlegen, jeden Funken von Würde bei uns zu zerstören. Der ungeschickte Kriegsführer will seinen Triumph voll auskosten. Und da gibt es noch Leute, die durch Treiberei die Gefahr eines feindlichen Einmarsches in Deutschland vergrößern helfen.

Wichtige Besprechungen in London.

London, 2. Dez. (Eig. Tel.)
Heute wurde eine Konferenz abgehalten, an der Lord George, Balfour, Bonar Law und Generalstabchef Sir Harry Wilson, sowie Foch, Clemenceau, Orlando und Sonnino teilnahmen. Die Besprechung am Vormittag befaßte sich mit einer vorläufigen Erklärung über das Datum und das Verfahren der Friedenskonferenz und mit Angelegenheiten, die mit Einzelheiten für die weitere Ausführung des Waffenstillstandes zusammenhingen. Nach der Besprechung des früheren Kaisers wurde erwähnt. Die Erörterungen dienten natürlich nur zur Vorbereitung der Beschlüsse, die erst nach der Ankunft Wilsons gefaßt werden können.

Abdankung des Kronprinzen.

Haag, 2. Dez. (Eig. Tel.)
Wie der „Deutschen Allg. Ztg.“ zufolge von maßgebender Stelle verlautet, wird die Abdankungsurkunde des Kronprinzen am heutigen Dienstag erscheinen. Wie es heißt, dankt der frühere Kronprinz nur für sich, nicht aber für seine Nachkommen ab.

Gegen Solf und Erzberger.

Berlin, 2. Dez. (Mitteilg.)
Der Volksrat Groß-Berlin hat im Einverständnis mit dem bayerischen Volksrat beschlossen zu fordern: 1. daß die vom Volksrat bereits gefasste Forderung des sofortigen Rücktritts Solf's schleunigst erfüllt wird; 2. daß an Stelle von Solf ein Mann tritt, der kein Gegner des alten Systems und der Kriegspolitik war; 3. Zusage, daß Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnimmt.

Rücktritt Eisners?

Berlin, 2. Dez. (Eig. Tel.)
Wie die „Germania“ erzählt, kann Kurt Eisner als bayerischer Ministerpräsident als erledigt gelten.

Teilweise Befragung von Frankfurt.

Dem Nachrichtenamt des Frankfurter A. und S. Rates ist von der Weimarer Volkskommission in Spa telegraphisch die Mitteilung gegangen, daß eine Befragung von ganz Frankfurt nicht in Frage kommt. Daraus geht hervor, daß der Teil der Befragung, der in der Brückenkopzone liegt, befristet wird.

Die Räumung von Köln.

Köln, 2. Dez.
Wie wir erfahren, verläßt am Dienstag Nacht 3 Uhr 30 Minuten das Gros des letzten deutschen Regiments Köln vom Dom aus.

Trier, 2. Dez. (Volks-Tel.)

Amerikanische Truppen sind gestern, Sonntag, nachmittags 2 Uhr in Trier eingerückt. Das 6. amerikanische Infanterie-Regiment hat die Stadt besetzt. Heute fanden weitere Durchmärsche von amerikanischen Truppen statt, die in der Richtung auf Koblenz marschierten. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe. Den Dienst der Bürgerwehr hat die amerikanische Besatzung mit der Polizei übernommen. In einer Verfügung des Oberbürgermeisters im Auftrage der amerikanischen Kommandantur wird bestimmt, daß alle Waffen bis zum 5. Dezember abgegeben sein sollen. Die amerikanischen Truppen dürfen die Wirtschaften nachmittags zwischen 5 und 9 Uhr besuchen.

Die Nationalversammlung.

Am Sonntag, 16. Februar, soll das deutsche Volk durch die freie Wahl seiner Beauftragten zur verfassunggebenden Nationalversammlung seinen Willen kundtun, in wessen Händen in Zukunft seine Geschicke ruhen sollen, wer regieren und wie regiert werden soll. Erst nach langen, schweren Kämpfen mit den radikalen Sozialisten ist es der Regierung Ebert — Gaus gelungen, den Beschluß zur Einberufung durchzuführen. Der Ruf nach der Nationalversammlung, der in allen Kreisen und vor allem auch an der Front laut geworden ist, ist ein deutlicher Beweis nicht nur für Berlin, sondern auch für unsere Gegner, daß die weitest überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes sich nach Befreiung der Revolutionsregierung und nach Schaffung einer wahren Volksregierung sehnt, die uns Frieden, Ordnung, Arbeit und Brot bringt. Es fragt sich, ob es nicht doch möglich gewesen wäre, die Versammlung zu einem noch früheren Zeitpunkt einzuberufen, denn die wichtigste Aufgabe der Nationalversammlung, den Vorfrieden anzuerkennen und die endgültige Friedensregierung zu wählen, bräut zur Lösung. Es soll nicht verkannt werden, daß die Vorarbeiten zur Wahl ungeheuer schwer sind, aber es gibt Wahlverfahren, die in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Wahl ermöglichen. So wurde der Vorschlag gemacht, das ganze Reich als einen einzigen Wahlkreis zu betrachten; jeder Wähler gibt da, wo er sich gerade befindet, nach Prüfung seiner Berechtigung seine Stimme für die ihm zugehörige Partei ab. Die Zahl der Abgeordneten jeder Partei richtet sich dann nach der Summe der für jede Partei abgegebenen Stimmen. Da die ganze Reichsfront sich in wenigen Tagen rechts des Rheins befinden wird, wäre eine solche Wahl schon vor dem 16. Februar möglich gewesen. Die Verschiebung auf diesen letzten Zeitpunkt bedeutet ein Aufschub an die Unabhängigen, die darauf rechnen, gewisse sozialistische Forderungen noch verwirklichen zu können, so lange die provisorische Regierung noch am Ruder ist. Darin liegt ein natürliches einseitiges Agitationsmittel für den radikalen Sozialismus. Die Rechnung kann auch täuschen. Mit etwas allzu leichtem Herzen übernimmt man in Berlin die Verantwortung für die weite Distanzierung der Wahl. Nach einer Mitteilung der sozialdemokratischen „Münchener Post“ aus antirussischen Kreisen hebe es sich, daß die Entente die Wahl hat, ganz Deutschland zu befehlen, wenn bis zum Ablauf des Waffenstillstandes keine Ordnung in den inneren Verhältnissen des Reiches eingetreten ist. Daß die Entente in der Lage ist, diese Absicht auch zur Durchführung zu bringen, wissen wir alle nur zu gut, und wir dürfen auch nicht vergessen, daß es völlig im Interesse unserer Feinde liegt, diese Befragung des ganzen Reiches überhaupt nicht zu erhalten; irgend ein Vorwand der Sicherung der Entschädigungszahlung usw. ist schnell gefunden. Die Summen, die man von uns fordern wird, werden wir nicht von heute auf morgen aufbringen können. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Entente beabsichtigt, wichtige Einkommensquellen des Deutschen Reiches, Post, Eisenbahn, Verban, Steuern, völlig in ihre Hände zu bekommen. Ein Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens, so überhaupt unser nationaler Lebens wäre damit auf Jahre hinaus unmöglich. Was den Franzosen 1871 gelungen ist, muß uns doch auch möglich sein. Die Nationalversammlung kann früher einberufen werden. Die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle am Wahltage 20 Jahre alten Männer und Frauen erhöht die letzte Reichswahlerversammlung von 144 Millionen Wahlberechtigten auf 20-40 Millionen Wahlberechtigte. Die Wahlen geben ein Bild von der riesenhaften Aufklärungsarbeit, die notwendig ist, um dem Volk die Bedeutung der Nationalversammlung und damit die Bedeutung jeder einzelnen Stimme vor Augen zu führen. Fast 25 Millionen Wähler treten nämlich in das politische Leben ein. Durch die gut ausgebauten sozialdemokratischen Jugend- und Frauenorganisationen hat der Sozialismus in der Agitation einen ungeheuren Vorsprung gegenüber dem Nationalismus, dem die Hauptmasse der politischen Reklame angehört. Darin liegt für das liberale Bürgertum eine neue Mahnung zum Aufwachen, denn je breiter die Basis einer Partei, desto besser wird sie die Arbeit in der Auffklärung und Organisation der Gleichgesinnten leisten können. Die Entscheidung liegt in den Händen der Jugend und der Frauen. Die Zahl der wahlberechtigten Frauen beträgt rund 21 Millionen. Politische Frauenorganisationen haben eigentlich nur Zentrum und Sozialdemokratie. Im Reben der Frau liegt es, mehr das praktische Notwendige, das Nützliche zu sehen, die Frau verliert sich viel weniger in theoretische Erwägungen. Ihr natürlicher, gesunder Sinn für Ordnung wird ihr den rechten Weg weisen.

Solange Vorrat reicht

50 000 Meter Küchenspitzen Stück 1 Mk., 1000 Briefmappen (auch passend für Brotkarten usw.) per Stück 2 Mk., 1 Gros Hosenträger per Stück 3 Mk., Halblange Pfeifen per Stück 3.50 Mk., Rasterpinsel (Friedensware) per Stück 2.50 Mk., 5000 Stück Bilderbücher per Stück 10 u. 20 Pfg., Rohhaarbesein Stück 12 Mk., Trompeten für Kinder Stück 30 Pfg., Kindertrommeln Stück 30 Pfg., sowie große Auswahl in Spielwaren und Christbaum-Schmuck zu staunend billigen Preisen.

Beachten Sie bitte meine Puppen-Ausstellung.

August Reiningers Gelegenheitskäufe

Den ganzen Tag geöffnet.

Wellrichstraße 30—37, Telefon 6109.

Den ganzen Tag geöffnet.

(7969)

Statt Karten!

Todesanzeige.

Am 29. November ds. Js. mittags 12 $\frac{1}{2}$ Uhr verschied sanft nach langem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden mein innigstgeliebter, herzenguter Mann, unser lieber treusorgender Vater und Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, Herr Oberbahnassistent

Georg Spanknebel

im 63. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:

Frau Charlotte Spanknebel geb. Born
Karl Forst und Frau Katharina geb. Spanknebel
Ludwig Spanknebel und Frau Aenne geb. Kraus

Wiesbaden, Hellmundstr. 8, II, Niederlahnstein a. Rh.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 3. 12., nachm. 2 $\frac{1}{4}$ Uhr, von der Trauerhalle des Südfriedhofes aus statt.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand nehmen zu wollen. P4410

**Trauerhüte
Trauerfolien**
in allen
Preislagen
 stets vorrätig
**Heinrich
Fried
Wiesbaden**
Kirchgasse 52
Fernspr. 6599

Louis Hillebrand

Büro: Luisenstr. 15 Wiesbaden Fernsprecher Nr. 2365

Transportübernahme u. Expeditionen aller Art nach und von dem In- und Auslande
: auf dem Bahn- und Wasserwege. ::

Spezialität:

Möbeltransport und Aufbewahrung!

Stadt-Umzüge! — Ferntransport!
Patentmöbelwagen neuester Konstruktion aller Grössen.

Zentrale: Mainz Frauenlobstrasse 14 $\frac{1}{2}$.
Fernsprecher: 3985, 3986, 3987, 3988.

(7830)

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Zu der am Montag, den 2. Dezember ds. J., abends 8 Uhr, im Bürgerkaale des Rathauses stattfindenden

ordentlichen Ausschusssitzung

werden die Vertreter der Kassennmitglieder und der Arbeitgeber hierdurch eingeladen.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung der Verhandlungsniederschrift über die letzte Sitzung.
2. Mitteilung über neue Verordnungen die Krankensicherung betr.
3. Anträge des Kassenvorstandes auf:
 1. Erhöhung der Beiträge auf 5% v. d. d. Grundlohn. Einführung der Beiträge für Sonntage (Änderung des § 47 Abs. 1 der Satzung).
 2. Abhebung des 60%igen Krankengeldes als Mehrleistung unter Verbeibehaltung des sogen. Kinderscheines zum Krankengeld (Änderung des § 19 Abs. 2 und 3 der Satzung).
4. Beschlussfassung über Abstandsnahme von der Festsetzung des Voranschlags für 1919.
5. Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Rechnung des Geschäftsjahres 1918.
6. Sonstiges.

Auf die Wichtigkeit der Tagesordnung hinweisend, werden die Beteiligten um pünktliches Erscheinen gebeten.

Wiesbaden, den 1. Dezember 1918.

Der Kassenvorstand: August Jodel, Vorsitzender. (1259)

Arbeiter- und Bauernräte im Landkreis Wiesbaden.

Am Mittwoch, den 4. Dezember, nachmittags 4 Uhr, findet im Schlosse zu Wiesbaden eine

Konferenz der Arbeiter- und Bauernräte

statt. Jede Gemeinde des Landkreises Wiesbaden schickt zwei Delegierte, und zwar einen Arbeiter- und einen Bauernrat.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Wiesbaden (7979)

Ausgabe von Kriegsnotgeld

Die Ausgabe der M. 5.—, M. 10.— und M. 20.—Scheine erfolgt demnächst. Diese Gutscheine haben denselben Wortlaut wie die M. 50.—Scheine.

Der Ausdruck der M. 5.—Scheine ist auf der Vorderseite in dunkelblauer Farbe, der der M. 10.—Scheine in blaugrüner und der der M. 20.—Scheine in brauner Farbe hergestellt. Darunter befindet sich ein Unterdruck mit dem Wappen des Bezirksverbandes in hellgrüner bzw. hellblauer und lila Farbe. M. 5.— und M. 10.—Scheine sind mit einem Grunddruck in grauer Farbe, M. 20.—Scheine in gelblicher Farbe versehen. Das Papier enthält ein Wasserzeichen.

Wiesbaden, den 30. November 1918.

Direktion der Nassauischen Landesbank.

Uebergangswirtschaft.

In Wiesbaden sorgt für die „wirtschaftliche Demobilisierung“ im einzelnen der „Demobilisationsausschuss (Dem. A.) Wiesbaden-Stadt“. Vorsitzender des Ausschusses ist der Oberbürgermeister, Stellv. Vorsitzender Stadtrat Meier. Arbeiter- und Arbeitnehmer sind im Ausschuss durch je 5 Mitglieder vertreten. Die Geschäftsräume befinden sich in Friedrichstraße 13 (Verwaltungsgebäude der Wasser- und Lichtwerke — Fernsprecher 1003 bis 1008).

Aufgabe des Dem. A. ist, das Wirtschaftsleben aufrecht zu erhalten, aus Leer und Kriegswirtschaft Entlassene in Heimat und Arbeit unterzubringen, Arbeitszeit und Löhne zu regeln, nötigenfalls die Arbeit zu strecken, Friedensbetriebe in Gang zu bringen, für Rohstoffe und Rohstoffarbeiten sowie für die Erwerbslosen zu sorgen.

Zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit fordert der Dem. A. alle einschlägigen Behörden und Privaten hierdurch auf, in möglichst stromem Umlaufe vorbereitete Bau- und sonstige Arbeiten sofort auszuführen oder zu vergeben, unvorbereitete Arbeiten sofort vorzubereiten und mit der Ausführung nicht zu zögern in der Erwartung, dass die Preise rasch sinken.

Von den Landwirten und gewerblichen Unternehmern wird erwartet, dass sie, soweit wie nur irgend möglich, ihre Arbeiter aus der Zeit vor dem Kriege und vor Abwanderung in die Rüstungsindustrie aufnehmen, Entlassungen solange wie möglich vermeiden und zunächst die Betriebe ohne Rücksicht auf Wirtschaftlichkeit aufrecht erhalten, wenn nötig, die Arbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit bis zu 6 Stunden strecken.

Die in der Kriegsindustrie beschäftigten Frauen werden sich möglichst bald ihrem früheren Berufe zuwenden müssen. Auch werden die Eltern der in den Rüstungsbetrieben beschäftigten Jugendlichen ersucht, diese in einem Handwerk oder in einem anderen Berufe auszubilden zu lassen. Von den Haushaltungen, die früher Dienstmädchen beschäftigt haben, wird erwartet, dass sie solche wieder einstellen oder ihre Zahl vermehren.

Besitzlich der Arbeitszeit und der Löhne wird auf die Verfügung des hiesigen A. und E.-Rates hingewiesen.

Alleinige Arbeitsvermittlungsstelle für Wiesbaden ist das Stadt. Arbeitsamt, dem eine Berufsberatungsstelle für Eltern und Lehrlinge angegliedert ist.

Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind dem Schlichtungsausschuss vorzulegen (Vorsitzender Bürgermeister a. D. Berth. Diensträume im Wohlfahrtsamt, Rheinstr. 36, 2).

Alle Erlasse der deutschen Kriegsverwaltung, des Gen.-K. Gouvernements und Kommandanturen über kriegswirtschaftliche Verhältnisse (Verschlagnahme, Höchstpreise usw.) bleiben zunächst in Kraft. Die Kriegswirtschaftsbehörden bestellend einweisen fort.

In der Eisenwirtschaft sind Verwendungsverbote und Preisobergrenzen für Halb- und Fertigfabrikate aufgehoben.

Wer weiterhin Rohstoffe usw. für Verteilung von Munition oder Kriegsgerät verwendet, verliert sich am Volk und macht sich strafbar.

Die Bauten-Prüfung durch Kriegswirtschaftliche Bauten-Prüfstellen fällt fort.

Mitteilungen über Erwerbslosenfürsorge folgen in Kürze.

Wiesbaden, den 27. November 1918.

Der Oberbürgermeister. (1252)

Als gerichtlich bestellter Pfleger über den Nachlass des verstorbenen Leutnants Woll hat mich beauftragt, fordere ich die Gläubiger desselben auf, ihre Ansprüche binnen 8 Tagen bei mir anzumelden.

Gleichzeitig fordere ich die Schuldner desselben auf, in derselben Frist, Zahlung an mich zu leisten.

Wiesbaden, den 25. November 1918.

Edemann, Justizrat, Morichstraße 8. (7902)

Bekanntmachung.

Dienstag, den 3. Dezember 1918, mittags 12 Uhr, versteigere ich im Pfandlokal Morichstraße 7

1 Piano, 1 Spiegelschrank, 1 Nähmaschine und 1 Regulator

öffentlich zwangsweise gegen Barszahlung. Regulator wird bestimmt versteigert.

Wiesbaden, den 2. Dezember 1918.

Elfert, Gerichtsvollzieher, Kaiser-Friedr.-Ring 10. (7461)

Bekanntmachung.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat lt. Veröffentlichung die gesamte Arbeitsvermittlung, einschließlich der kaufmännischen, für das hiesige Wirtschaftsgebiet dem Städtischen Arbeitsamt übertragen. Wir fordern deshalb alle Haushaltungsvorstände, Handwerker, Kaufleute, Industrielle und Landwirte, welche männliche oder weibliche Angestellte oder Arbeitskräfte benötigen, auf, diese beim Städtischen Arbeitsamt anzumelden. Ebenso haben sich alle Stellungs- oder Arbeitsuchende ebenfalls dafelbst zu melden.

Weiter richten wir das dringende Ersuchen an alle Arbeitgeber, die vom Heeresdienst Entlassenen und Kriegsverletzten, welche am 1. Juli 1914 bei ihnen beschäftigt waren, nach Möglichkeit wieder einzustellen, soweit dieselben diesen Wunsch haben. Entlassungen sind solange als irgend möglich zu vermeiden und sollten dieselben nicht eher geschehen, als bis das Arbeitsamt diese Kräfte anderweitig untergebracht hat. Eine rechtzeitige Anmeldung der etwa zur Entlassung Kommenden beim Arbeitsamt ist erforderlich.

Städt. Arbeitsamt

alte Dohheimer- und Schwalbacher Straße

Telephon Nr. 573—575.

Rücktransport der Kriegshunde.

Die in der Heimat und im Felde befindlichen mit Diensthunden beladenen Truppenteile haben Anweisung erhalten, die Hunde unmittelbar ihren Besitzern gegen Empfangsbekundung auszuliefern. Ueber den Zeitpunkt der Rückführung können nähere Angaben nicht gemacht werden. Es sind hier die gleichen Schwierigkeiten, wie bei dem Rücktransport der Mannschaften zu überwinden. Immerhin ist damit zu rechnen, dass in Anbetracht der schnellen Räumung der besetzten Gebiete und wie gesagt unter Berücksichtigung der Transportschwierigkeiten dieser oder jener Hund nicht oder erst später zurückgebracht werden kann. Hunde, die von den Besitzern zur freien Verfügung gestellt wurden, auf deren Rückgabe also von vornherein verzichtet wurde, gehen in den Besitz der Heeresverwaltung über.

Es wird gebeten, Anfragen der Hundebesitzer, wann die Rückführung ihres Hundes erfolgt, wo sich das Tier befindet usw., nicht erachen zu lassen, da die Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission Abteilung Kriegshunde unter den heutigen Verhältnissen selbst nichts Näheres weiß und daher bestimmte Angaben nicht zu machen vermag.

Die Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission spricht bei dieser Gelegenheit allen Hundebesitzern, die ihre Tiere zur Verfügung stellten, ihren besten Dank aus. Die Hunde haben viel Gutes geleistet.

Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission

Abteilung Kriegshunde

(früher Inspektion der Nachrichtentruppen)

Charlottenburg, Suarezstraße 13, 4. Etage.

(8402)

Sandel

100

